

A stylized map of Tunisia composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

Kabinettsumbildung in Tunesien

Ein Weg aus der politischen Sackgasse?

ELISABETH BRAUNE

Februar 2013

- Der bisherige Innenminister Ali Laârayedh wurde am 22. Februar 2013 mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Er ist verantwortlich für eine Reihe von sicherheitsrelevanten Verfehlungen, die in den letzten Monaten zur Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols beigetragen haben. Insbesondere die Ermordung des linken *Ennahda*-Kritikers Choukri Belaid am 6. Februar hat Tunesien in nachhaltige Unruhe versetzt.
- Angespannt ist die Situation unterdessen schon länger: der ursprünglich für die Verabschiedung angepeilte zeitliche Rahmen von 12 Monaten nach den Wahlen vom 23. Oktober 2011 ist längst überschritten, und die Ungeduld der Bevölkerung im Hinblick auf substantielle soziale Reformen wächst.
- Ein Lichtblick ist der nun vorgelegte »Fahrplan« der Verfassungsgebenden Versammlung zum weiteren Vorgehen. Ob das reicht, das in den letzten Monaten stark in Mitleidenschaft gezogene Vertrauen der aktuell in der Regierung befindlichen Formationen auszugleichen, erscheint jedoch fraglich.

Nach Tagen der Spekulation beauftragte Staatspräsident Moncef Marzouki (*Congrès pour la République/CpR*) am 22. Februar 2013 den bisherigen Innenminister Ali Laârayedh (*Ennahda/EN*) mit der Bildung einer neuen Regierung. Eine Initiative Hamadi Jebalis, des innerhalb der *Ennahda* als gemäßigt geltenden vorherigen Premierministers, die politische Krise in Tunesien mittels einer Technokraten-Regierung aufzulösen, war zuvor am Widerstand seiner eigenen Partei gescheitert. Jebali war nach der Ermordung des Links-Oppositionellen und scharfen *Ennahda*-Kritikers Choukri Belaid am 6. Februar damit an die Öffentlichkeit getreten und hatte seine weitere politische Karriere von Anfang an damit verknüpft. Nach dem Scheitern seiner Initiative war er infolgedessen zurückgetreten, hat aber dadurch fraglos in der Öffentlichkeit an Respekt und Anerkennung gewonnen. Die Option einer erneuten Benennung Jebalis wäre von der Öffentlichkeit trotz eigentlichem Scheitern nicht als schlechteste Option wahrgenommen worden.

Der sog. Shura-Rat der *Ennahda*, eine Art erweiterter Parteivorstand, hat jedoch anders entschieden: Die Beförderung des treuen Parteisolddaten Laârayedh ist ein klares Zeichen seiner Anerkennung, während der Jebali, der zu Gunsten eines übergeordneten nationalen Interesses mit seiner Initiative vorgeprescht ist, vorerst aus der Regierung abgezogen wird. Er bleibt als Generalsekretär der Partei »an der kurzen Leine« des Parteichefs Rachid Ghannouchis und wird dem gemäßigten Flügel der Partei weiterhin ein prominentes Gesicht verleihen. Ghannouchis zur Schau getragene Versöhnung mit Jebali, ja die Verheißung einer weiteren politischen Zukunft und möglicherweise sogar des Präsidentenamts, ist wohl eher als Warnsignal an den CpR-Präsidenten Marzouki zu interpretieren, denn eine wirkliche Rehabilitierung Jebalis. Insbesondere, da Ghannouchi im selben Zusammenhang sein Einlenken im Hinblick auf die Wahlmodalitäten des Präsidentenamts in Aussicht stellte. Hatte *Ennahda* bislang darauf beharrt, der Präsident solle von der stärksten Fraktion des Parlaments benannt werden, fordern alle anderen Parteien einhellig eine Direktwahl des Präsidenten durch das tunesische Volk.

Der neue Ministerpräsident Ali Laârayedh jedenfalls war von 1988 bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1990 Sprecher der *Ennahda* und vertrat unumwunden sehr radikale Positionen, etwa im Hinblick auf ein grundlegendes Alkoholverbot oder aber der Rolle von Frauen in einer muslimischen Gesellschaft. Er verbrachte 15 Jahre

im Gefängnis, davon 10 in Isolationshaft, und wurde nach dem Sturz des Ben-Ali-Regimes unter der ersten Übergangsregierung von Mohamed Ghannouchi begnadigt. Bereits im Wahlkampf und später als neu ernannter Innenminister nach dem Wahlsieg der *Ennahda*-Partei am 23. Oktober 2011 machte er sich einen deutlich gemäßigteren Diskurs zu Eigen. Tatsächlich ist seine Amtszeit jedoch geprägt von der völligen Abwesenheit von Reformen des für die Erhaltung des Polizeistaats unter Ben-Ali strategischen Innenministeriums. Darüber hinaus ist Ali Laârayedh (als zur fraglichen Zeit zuständiger Innenminister) verantwortlich für eine lange Reihe von gravierenden sicherheitsrelevanten Verfehlungen.

So kam es am 9. April 2012 zu Gewaltexzessen der Polizei gegen friedliche Demonstranten, die unter der Ägide des Gewerkschaftsdachverbandes UGTT und führenden zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Protestmarsch gegen vorangegangene gezielte Provokationen durch salafistische Gruppen veranstalteten, denen ihrerseits kein Einhalt geboten worden war. Mitte Juni verhängte Laârayedh die erste post-revolutionäre Ausgangssperre nach gewaltsamen Übergriffen auf eine vermeintlich islamfeindliche Kunstaustellung im Palais Abdelliya in La Marsa als drastische Pauschalmaßnahme, während eine glaubwürdige rechtliche Verfolgung der Gewalttäter oder ein wirksamer Schutz der bedrohten Künstlerinnen und Künstler ausblieben. Anfang September relativierte ein Sprecher des Innenministeriums die Vergewaltigung einer jungen Frau durch drei Polizisten mit dem Hinweis, man habe sie in einer unsittlichen Situation angetroffen.

Am 14. September erreicht die Laissez-faire-Politik der *Ennahda* gegenüber salafistischen Gruppen einen neuen traurigen Höhepunkt: 3 Tage nach dem tödlichen Angriff auf die amerikanische Botschaft in Benghazi enterten gut ausgestattete salafistische Kommandos nahezu ohne Widerstand die amerikanische Botschaft und richteten erheblichen Sachschaden an, auch an der nahegelegenen amerikanischen Schule. Nur durch die kurzfristige Entsendung der Präsidialgarde Marzoukis, von der es heißt, Hillary Clinton habe sie persönlich per Telefon eingefordert, wurden keine Botschaftsangehörigen verletzt. Laârayedh, der in der Verfassungsgebenden Versammlung Rede und Antwort zu den krassen Lücken seines Sicherheitskonzeptes stehen musste, äußerte nur lapidar: »Wir dachten sie kämen von vorne, und dann kamen sie stattdessen von hinten.« Abu lyadh,

das Oberhaupt der djihadistischen *Ansar al-Charia* («Anhänger der Sharia»), der seit Wochen zu Gewalttaten gegen »den Westen« aufgerufen hatte, redete in den darauffolgenden Tagen zu Ehren der drei bei dieser Aktion gefallenen »Märtyrer«. Obwohl seine Rede in der El Fath-Moschee von Tunis auf Facebook seit Tagen angekündigt wurde, war die Polizei offensichtlich nicht in der Lage ihn festzunehmen.

Zunehmend angespannte Sicherheitslage und Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols


Tatsächlich befindet sich politische Gewalt im bislang so friedlichen Tunesien auf dem Vormarsch: Mitte Oktober endete eine Kundgebung der sog. »Ligen zum Schutz der Revolution« (LPR), einer salafistischen Miliz, mit dem gewaltsamen Tod von Lotfi Nagdh, regionaler Koordinator des Oppositionsbündnisses *Nida Tounes*. Das Innenministerium verkündete noch vor der Autopsie, es bestünde kein Zweifel daran, dass der Tod auf natürliche Weise durch einen Herzanfall verursacht worden sei. Am 6. Februar schließlich wurde der bekannte linke *Ennahda*-Kritiker Choukri Belaid vor seinem Haus erschossen, was das Land endgültig in Aufruhr versetzte. Die Beerdigung des Oppositionellen entwickelte sich unter Teilnahme Hunderttausender zu einer beeindruckenden friedlichen Kundgebung der tunesischen Zivilgesellschaft, bei der der Rücktritt der Regierung, ein Ende der Gewalt und eine restlose Aufklärung der Vorkommnisse gefordert wurden.

Angesichts dieser Bilanz und politischen Mitschuld an der zunehmend angespannten Sicherheitslage in Tunesien erscheinen erhebliche Zweifel daran, ob eine zukünftige Regierung Laârayedh der politischen Gewalt einen Riegel vorschieben wird, angebracht. Entscheidend dafür, ob die tunesische Straße seinem neuen Kabinett eine Chance geben wird, ist jedoch vor allem die Frage, wer ihm als Innenminister nachfolgt und ob *Ennahda* den Weg frei macht für dringend notwendige Reformen. Seit Monaten fordern Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Gewerkschaftsdachverband UGTT die Neutralisierung der Schlüsselministerien Inneres, Justiz und Außen. Dann, aber auch nur dann, könnte Laârayedhs Ernennung einen Beitrag zur Auflösung der derzeitigen politischen Blockade leisten. Allerdings gibt es auch Befürchtungen, dass er sich als eine Art »Super-Innenminister« den Zugriff auf das Ministerium vorbehält, unabhängig davon, wer formal seine Nachfolge antreten wird.

Die bisherige sog. Troika-Regierung aus *Ennahda*, liberal-nationalistischem CpR und sozialdemokratischem *Ettakatol* (TKL) ist allerdings mit großer Wahrscheinlichkeit Geschichte. Ghannouchi stellte Ende letzter Woche eine Regierung unter Beteiligung von fünf Parteien, nämlich der bisherigen Troika plus *Mouvement Wafa* (Abspaltung des CpR unter Abderraouf Ayadi) und der Liste *Liberté und Dignité* (Abspaltung des Überraschungswahlerfolgs Al-Aridha aus Sidi Bouzid) in Aussicht. Laârayedh hat laut Artikel 15 der sog. »kleinen Verfassung«, der Geschäftsordnung der Verfassungsgebenden Versammlung, 15 Tage Zeit, dem Präsidenten ein neues Kabinett und Regierungsprogramm zu präsentieren. Dieser beauftragt dann die Verfassungsgebende Versammlung mit der Regierungsbildung, wozu der Vorsitzende der Verfassungsgebenden Versammlung innerhalb von drei Tagen eine Generalversammlung einberuft, die der vorgeschlagenen Regierung mit einer einfachen Mehrheit ihr Vertrauen aussprechen muss. Die kann *Ennahda* in jedem Fall mobilisieren, konkret geht es in der neuen Kabinettsbildung aber darum, die für die Verabschiedung der neuen Verfassung notwendige Zweidrittelmehrheit anzuvisieren. Obwohl auch sie in den letzten Monaten immer wieder eine Regierung der nationalen Einheit als Weg aus der politischen Krise gefordert hatten, haben mehrere Oppositionsbündnisse wie *Nida Tounes* (säkular-konservativ) und der *Front Populaire* (links) einer Beteiligung an der neuen Regierung bereits eine klare Absage erteilt, da sie ihren Forderungen nach Neutralisierung der Schlüsselministerien und Auflösung der salafistischen Milizen »Ligen zum Schutz der Revolution« keine Chancen einräumen.

Mögliche neue Koalitionen und Bündnisse – entscheidend vor allem im Hinblick auf die neue Verfassung

Die sozialdemokratische *Ettakatol* (TKL) macht seine Regierungsbeteiligung ebenfalls von Zugeständnissen im Hinblick auf die Neutralität der Schlüsselministerien und einer Verpflichtung auf einen konkreten Fahrplan zum weiteren Vorgehen abhängig. Es erscheint jedoch angesichts ihres von vielen heftig kritisierten »Schmusekurses« innerhalb der bisherigen Troika-Regierung unwahrscheinlich, dass sie von einer Regierungsbeteiligung absehen. Immerhin stellt der von der TKL-Fraktion Ende letzter Woche vorgelegte Zeitplan einen wichtigen Beitrag zur Strukturierung des weiteren Prozesses dar.



Er sieht die Einberufung der neuen Wahlkommission bis zum 26. April, eine institutionelle Verankerung der Übergangsjustiz bis zum 5. April, die Verabschiedung der Verfassung Artikel für Artikel bis Ende Juni, sowie als Gesamtes am 1. Juli vor. Sollte die Verfassung bereits in dieser Lesung mehrheitsfähig sein, wären am 20. Oktober Wahlen. Ist eine weitere Überarbeitung und zweite Abstimmung notwendig, sieht der Zeitplan den 22. Dezember als Wahltermin vor. Angesichts der derzeitigen politischen Totalblockade erscheinen viele Termine des gerade erst vorgelegten Zeitplans unrealistisch. Als Maßgabe für die neue Regierungsbildung könnte er jedoch, sofern eine Neutralisierung der Schlüsselministerien tatsächlich zustande kommt, Orientierung geben für den weiteren Prozess. Ob das reicht, das in den letzten Monaten stark in Mitleidenschaft gezogenen Vertrauen der aktuell in der Regierung befindlichen Formationen auszugleichen, erscheint jedoch fraglich.



Über die Autorin

Elisabeth Braune ist Leiterin der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Hajo Lanz | Leiter | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7420 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
Simone.Doebbelin@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-492-1